

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlagsort: Leipzig, Rosa-Luxemburg-Str. 12.

Verlagsort: Leipzig, Rosa-Luxemburg-Str. 12.

für die Amtshauptmannschaft Großhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 141.

Montag, 23. Juni 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus, oder bei Abholung am Postkasseler nächstgelegenen 4.20 Mark, monatlich 1.40 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 am breite Grundchrift-Beile (7 Silben) 3 Pf., Einzelzeile 20 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühren 20 Pf. Freie Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versäumt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Anzeigengebühren, "Erähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Reklamationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäfts-Nr.: 33. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Nichtpreise für Erdbeeren aus der Ernte 1919.

Für die Erdbeerernte 1919 werden folgende Nichtpreise mit sofortiger Wirkung festgesetzt, wobei sich der Erzeugerpreis frei Waggon nächste Bahnhofsstation versteht:

Erzeuger-Nichtpreis:	Groschändels-Nichtpreis:	Kleinhandels-Nichtpreis:		
			richtpreis:	richtpreis:
Gartenerdbeeren aller Art	a) 1. Wahl 1.20	1.45	1.60	W. f. d. Wld.
	b) 2. Wahl 0.75	0.95	1.05	
Wald- und Weinbergs-Erdbeeren	2.-	2.85	2.50	

Dresden, am 21. Juni 1919.
Vorständliches Ministerium.
Landeslebensmittellamt. 1099 V G 1

Die Rückgabe der Karten hat auf so lange zu erfolgen, als die Betreffenden mit Butter oder Fleisch von ihrem Arbeitgeber versorgt werden.
Großhain, am 20. Juni 1919.
1208 n III. Der Kommunalverband.

Bei uns ist die Deberolle über die auf das Jahr 1918 zur Erhebung kommenden Beiträge zur Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft und zum Ausschuss für Gartenbau beim Landesfiskus eingegangen.
Wir legen diese von Dienstag, den 24. Juni an auf zwei Wochen zur Einsicht der Beteiligten in unseren Steuerkassen aus.
Die Beiträge lassen wir durch Boten gegen Caution einholen.
Der Rat der Stadt Riesa, am 21. Juni 1919. R.

Am 30. April bei am 16. Mai ds. J. sind fällig gewesen die Gemeindefürsorgesteuer, die Gemeindefürsorgesteuer, die Staats-Einkommen- und Ergänzungssteuer auf die 1. Termin 1919 und der Miet- und Pachtvertragssteuer.
Diese Steuerbeträge sind nunmehr umgehend an unsere Steuerkasse abzuführen, da in den nächsten Tagen das Mahrverfahren eingeleitet wird.
Der Rat der Stadt Riesa, am 21. Juni 1919. R.

Die an der Straße Am Rindisch vom Weidauer Weg ab bis zur Fluggrenze mit Weiden (Einweg zum Übungslager) anstehende Rixschenungung soll in diesem Jahre an einen Bewerber zusammen verpachtet werden. Pachtangebote sind sofort bis zum 26. Juni 1919, nachm. 4 Uhr an das Gemeindeamt einzureichen.
Gröba (Elbe), am 23. Juni 1919. Der Gemeinderat.

Selbstverforgerration der landwirtschaftlichen Arbeiter.

In Ausführung der Bekanntmachung vom 31. Mai 19. J. — 901 a I — (Großhain-Riesner Tageblatt Nr. 126, Riesner Tageblatt Nr. 124, Habeburger Anzeiger Nr. 82) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Die landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, welche von Arbeitgeber mit Butter versorgt werden, haben außer der Speisekarte und der Nährmittelliste auch die Warenbelegkarte III (für Brotbackstoffe) zurückzugeben.

§ 2. Die von Arbeitgeber mit Fleisch versorgten landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen haben außer der Fleischkarte auch die Nährmittelliste I zurückzugeben.

Vertikales und Sämlings.

Riesa den 23. Juni 1919.
Sächsischer gewerblicher Genossenschaftstag. Der Landesverband der gewerblichen Genossenschaften Sachsens trat gestern hier in seiner diesjährigen Landestagung zusammen. Nachdem vormittags Sonderberatungen der Genossenschaften der Bäcker, Schuhmacher, Tapezierer, Weber und für das Holzgewerbe stattgefunden hatten, trat nachmittags 3 Uhr im Hotel Kronprinz die 14. ordentliche Generalversammlung der Zentralklasse gewerblicher Genossenschaften zusammen. Die Beratungen leitete der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Otto B. Schömann, der in seinen begrüßenden Worten darauf hinwies, daß die Genossenschaften im Kriege und in der Vergangenheit großes geleistet hätten und hieraus den Mut schöpfen wüßten, auch in den kommenden Zeiten ihren Aufgaben gewachsen zu sein. Dem vom Direktor der Zentralklasse, Herrn Schumann, Dresden, vorgetragenen Bericht des Vorstandes über das Jahr 1918 war zu entnehmen, daß der Umsatz von rund 150 Mill. Mk. im Jahre 1917 auf rund 172 Mill. Mk. im Jahre 1918 gestiegen ist. Einem Austritte stehen 33 Eintritte von Wirtschaftsgenossenschaften gegenüber. Ende des Berichtsjahres gehörten der Zentralklasse 130 Mitglieder an, und zwar 92 Kredit-Genossenschaften, 93 Wirtschaftsdarlehens- (Schw.) Genossenschaften, 4 Kontokorrent- und 1 Einzelperson. Der Ueberschuss beträgt 18970,71 Mk. Der Bericht des Aufsichtsrates und der Revisionsbericht wurden vom Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Otto B. Schömann, vorgelesen. Herr Direktor B. Schömann erklärte, daß auch aus dem Bericht des Aufsichtsrates zu ersehen sei, daß die Zentralklasse einen Ausbruch genommen habe, wie man ihn nicht zu erwarten gewagt habe. Der Verteilung einer Dividende von 4%, wurde zugestimmt, die Jahresrechnung richtig gesprochen und dem Vorstand Zustimmung erteilt. Angenommen wurden die Anträge des Vorstandes a) die Kreditgrenze der aufzunehmenden Darlehen von 10 auf 15 Mill., b) die Kreditgrenze des freien Kredits von 2000000 Mk. auf 3000000 Mk. und c) die Kreditgrenze des gedeckten Kredits von 800000 Mk. auf 1 Million zu erhöhen. Die sachgemäß ausgearbeiteten Aufsichtsratsmitteilungen des Bäckereimeisters Vogel-Welsch und Direktor Krüger-Edemius wurden wiedergewählt und Herr Bürgermeister Dr. Eberle wählten als V. Aufsichtsratsmitglied neugewählt. Die Wahl des Herrn Dr. Eberle erfolgte, um die Gemeinschaftsarbeit der gewerblichen Genossenschaften mit dem Giroverband sächsischer Gemeinden und dem Submissionsamt zu fördern. Der Name der Zentralklasse soll künftig lauten: Zentralklasse gewerblicher Genossenschaften in Sachsen. Herr Direktor B. Schömann vom Hauptverband in Berlin betonte die Notwendigkeit, die Selbsthilfe des Handwerks reiflos durchzuführen, deshalb die Zentralklasse auf eine möglichst breite Basis zu stellen und die Selbsthilfe zu erhöhen. Wenn es in Zukunft noch ein Handwerk und einen gewerblichen Mittelstand geben werde, dann nur, weil sie organisiert seien in Genossenschaften. Wenn sie das nicht seien, dann würden sie auflösen zu bestehen. Der Antrag des Herrn Schömann wird mit der in Aussicht genommenen Satzungsänderung der Zentralklasse Rechnung getragen werden. Der Besuch der Verammlung war ein sehr guter, auch aus diesen gewerblichen Kreisen. Vertreten waren 80 Genossenschaften; Herr Groß-Redaktion wählte ihn als Vertreter der Gewerbetreibenden Klassen I. A. bei.

einig zusammenzutreten, dann werde es auch gelingen, uns wieder emporzuarbeiten. Herr Direktor B. Schömann, Berlin, zog in Anlehnung an das Wort Theodor Körners „Was uns bleibt“ einen Vergleich zwischen der Zeit vor 100 Jahren und heute. Viele seien sich der Schwere unserer Zeit noch nicht bewußt geworden. Der Aktivist auf unserer Seite seien nicht mehr viel. Die Genossenschaften seien ein Teil dieser Aktiven. Sie sollten ein Hilfsmittel sein, die schwere Zeit einträglicher zu überwinden. Durch weitere Betätigung der genossenschaftlichen Grundbesitzer wie verstanden, den Weg zu finden, den wir gehen müßten, damit Deutschland wider Deutschland werde. Schließlich sprach Herr Schömann, Dresden, noch einige Worte über den genossenschaftlichen Gedanken in den Dinerberufen. Der „Schänderbund“ hatte seine Vorträge auf gewährt und zeigte sich auch in der Ausführung auf der Höhe. Dem gegenüber ständen starke Vorkämpfer als wohlverdient entgegenzunehmen. Herr Bäckereimeister K. B. B. gab der Anerkennung außerdem noch durch herliche Dankesworte Ausdruck. Auch die Mitglieder der Rauschen Kapelle zeigten sich unermüdet und boten mit ihren ansprechenden Darbietungen willkommene Unterhaltung.

Der 15. ordentliche Verbandstag des Landesverbandes gewerblicher Genossenschaften in Sachsen wurde heute vormittags 10 Uhr im Hotel Hölzner eröffnet. Die Beratungen leitete Herr Verbandsdirektor Knappe, Leipzig, der die Vertreter und insbesondere die erschienenen Ehrenmitglieder, unter denen man neben den Vertretern der Gewerbetreibenden und des Submissionsamtes Herrn Geh. Regierungsrat Amtshauptmann Dr. Uhlmann, Großhain, und Herrn Stadtrat Dr. Fröde, Riesa, bemerkt, begrüßte. Herr Stadtrat Dr. Uhlmann wies in seiner Ansprache auf die Tagung darauf hin, daß der Wiederaufbau von innen heraus erfolgen müsse, wozu die Genossenschaften beitragen könnten, denn für sie gelte das Wort: Alle für einen, einer für alle. Herr Stadtrat Dr. Fröde begrüßte die Tagung namens der Stadt. Weiter sprachen namens der Gewerbetreibenden und der sächsischen Gewerbe- und Handwerkervereine Herr Dr. Wehbar, namens des Submissionsamtes Herr A. Ollas und namens des sächsischen Innungsvereins Herr Bäckereimeister Berg. Dem vom Vorsitzenden hierauf erstatteten Geschäftsbericht sei folgendes entnommen: Zurzeit des Berichtsjahres 1918 waren 188 Genossenschaften dem Verbande angeschlossen mit 16100 Einzelmitgliedern. Heute sind es 243 Genossenschaften mit 20300 Mitgliedern. In den fünf Kriegsjahren sind 147 Genossenschaften entstanden. Hauptächlich gelte es jetzt Rohstoffe, Materialien und Waren zu beschaffen. Das erstrebenswerte Ziel der Selbsthilfe, die Zentral- oder Groheinkaufsgenossenschaft, sei bis jetzt in Sachsen erreicht worden bei den Bäckern, Molkern, Schneidern, Tapezierern und im Holzgewerbe. Die Reichshellen haben die Genossenschaften als Händler und die Groheinkaufsgenossenschaften als Großhändler anerkannt. Eine Verlosungstafel für das Handwerk mit freierwerbendem Charakter ist in Berlin, Teltowstraße 1, eingerichtet worden. Beim Verkauf von Deeresgüter sind die Genossenschaften, die die erworbenen Deeresgüter ihren Mitgliedern unmittelbar zuführen, bevorzugt worden und werden auch weiterhin bevorzugt. Der Jahresbericht warnt die Genossenschaftsverwaltungen vor leichtgläubigen Einfällen und vor unbekanntem Lieferanten. Ueber die Entwicklung der Genossenschaften an sich geben folgende Zahlen Aufschluß: 57 Fachgenossenschaften sind es mehr geworden als 1918. Die Mitglieder sind von 9600 auf 13640 gestiegen, das eigene Vermögen einschließlich der Reserven auf 4556599 Mk. Der Umsatz ist von 67 Millionen auf nahezu 89 Millionen gestiegen. Die bestehenden 85 Kreditgenossenschaften haben sich auch trefflich entwickelt. Das Vermögen ist von 3 Millionen auf über 4 Millionen erhöht. Die Konten Sparanlagen, Scheckbücher und laufende Rechnung sind von 11 Millionen auf 17 Millionen gestiegen. Der Umsatz betrug 1917 481 Millionen, 1918 746 Millionen. Durchschnittlich heißt sich das Wachstum an Mitgliederzahl auf 27,3%, das Vermögenswachstum auf 83,7%, und die Reserven auf 27,3%. Die 243 Genossenschaften verteilen sich auf 92 Orte in allen Amtshauptmannschaften und auf 81 Gewerbe. Die Gemeinschaftsarbeit mit dem Submissionsamt ist nunmehr erreicht. Der neue organische Aufbau des Verbandes ist in seinen Grundzügen nahezu vollendet. Neben den Gewerbetreibenden, die das Submissionsamt als ihre wirtschaftliche Stelle bezeichnen, wirken dort neben dem Landesverband des Handwerks nunmehr auch die wirtschaftlichen Landesverbände des Handwerks. Als Vertreter dieser letzteren sind auch die gewerblichen Genossenschaften in den Vorstand eingetreten. Beabsichtigt der Reichsverband in den

Ansprüchen würden Handwerk und Gewerbe über die schlimmsten Zustände hinweghelfen. Das Genossenschaftswesen werde als die zuverlässigste Stütze und Stütze des gewerblichen Mittelstandes ein beachtenswerter Teil des Wirtschaftslebens bleiben.

Der hierauf vom Herrn Obermeister Schmidt, Dresden, erstattete Bericht des Verbandsausschusses betonte, daß 1918 für die Geschäftsstelle ein recht arbeitsreiches Jahr gewesen ist. Die Arbeit habe geleistet werden können, nachdem neben 11000 Mk. Genossenschaftsbeiträgen seitens des Ministeriums wiederum 9000 Mk. Zuschuß zur Verfügung gestellt worden seien. Die Herausgabe eines „Verfahrens für die Buchhaltung“ hat sich vortrefflich bewährt. Die Abrechnung geht aus mit 38591,15 Mk. Einnahmen und 87218,71 Mk. Ausgaben; es ergibt sich also ein Ist-Betrag von 62756 Mk., der aus den Rücklagen gedeckt ist. Herrn Direktor Knappe wurde für seine erfolgreiche Geschäftsführung gedankt. Die Rechnung wurde richtig gesprochen und dem Vorstand Zustimmung erteilt. Den Bericht über die Ergebnisse der Revisionen erstattete Herr Verbandsrevisor Schlegel. Das Gesamtergebnis wurde als befriedigend bezeichnet. Zum Haushaltsplan 1919 erstattete den Bericht wieder Herr Obermeister Franz Schmidt, Dresden. Der Haushaltsplan geht aus mit 21000 Mk. Auch für dieses Jahr ist den Genossenschaften zur Förderung ihrer Bestrebungen ein Staatszuschuß von 9000 Mk. gewährt worden. Der Haushaltsplan wurde als richtig.

Herr Bäckereimeister Biener, Chemnitz, sprach hierauf über „Die Wirkung der geplanten Sozialisierung auf das Handwerk und die Genossenschaftswesen“. Das Bestreben der Sozialisierung trete mehr und mehr in den Vordergrund. Die Weiterentwicklung der drohenden Gefahr seien nicht von allen Handwerkern rechtzeitig erkannt worden. Die Vergeltung könne eine staatliche sein, es könne eine rein sozialistische in der Hand des Staates sein oder eine kommunistische in der Hand der Gemeinden. Aber damit seien alle Möglichkeiten noch nicht erschöpft. Daneben bestehe der Plan einer Gemeinwirtschaft, die eine planmäßige Erzeugung und Verteilung der Güter anstrebe. Die Frage, ob die Sozialisierung vorteilhaft für die Allgemeinheit sei, ob sie ein erhöhtes Arbeitsergebnis erziele, sei zu verneinen. Das sei auch die Ansicht der sozialistischen Regierung. Wiewohl habe gesagt, daß, wenn wir schon sozialistischer wüßten, dann gewiß nicht in gegenwärtiger Zeit. Redner besprach dann die Einbringung des Sozialisierungsgesetzes und der Gesetzgebung über die Regelung der Rohstoffe und Rohmaterialien, sowie die Verbesserungen, die die Rechte der Nationalvereinnachung an diesen Gesetzen erreicht habe und wolle ferner zu beweisen, daß diese Gesetze eine Konzeption der Regierung an die Straße darstellen. Eine Verstaatlichung und Verstaatlichung könne nur dort am Platze sein, wo das öffentliche Interesse und die Wohlfahrt der Bevölkerung sie erfordere, alle weitergehenden Vorschläge der Sozialisierungskommission seien abzulehnen. Auch in der Agrarwirtschaft solle die Sozialisierung nicht durch die Verstaatlichung und Betrieb der Wirtschaft nicht ausgeschlossen werden. Die wirkliche Sozialisierung, die Übernahme des Betriebes durch die Arbeiter, sei geradezu heller Wahnsinn. Wiewohl wolle mit seiner gebundenen Gemeinwirtschaft die radikale und gemäßigten Richtung in der Sozialdemokratie zusammenbringen und damit zugleich das deutsche Wirtschaftsleben wieder auf eine gesunde Basis stellen. Aber der Plan Wiewohl sei die Voraussetzung für die künftige Sozialisierung und wenn er durchgeführt werde, ständen wir am Grade der selbständigen Betriebsunternehmungen. Dies bedeute auch die Verstaatlichung des Handwerks. Das Handwerk sozialisieren, heißt, dessen Selbstständigkeit ausschalten und die Erzeugung isoliert und persönlicher Bedürfnisse. Auch das Handwerk habe Mängel, die u. a. auf dem Gebiete der Konkurrenzfähigkeit mit den leistungsfähigen Großbetrieben lägen. Das Genossenschaftswesen habe hier die Mittel und es sei notwendig, daß die Verbindung zwischen den Berufs- und Genossenschaftsverbänden immer enger gestaltet werde. Gelinge es uns, auf dem Boden, wie ihn der Krieg geschaffen habe, ein lebensfähiges Handwerk aufzurichten, so werde das ein Verdienst an unseren Nachkommen und unserer Vaterland sein. Die Hoffnung könne man hegen, daß durch eine derartige Entwicklung die Einrichtung einer gebundenen Gemeinwirtschaft vermieden werde. Wenn aber die Regierung an ihrem Plan festhalte, dann müsse verlangt werden, daß sie sich hierbei der geschickten Berufsverbände und Berufsgenossenschaften bediene. So seien Bestrebungen im Gange gewesen, das Handwerk anzusparen. Deshalb sei von der Regierung, durchgebracht wor-